

Die nordrhein-westfälische Landtagswahl vom 9. Mai 2010: Vom Abwarten zur Kehrtwende

Ursula Feist und Hans-Jürgen Hoffmann

1. Die Ausgangslage

Sofort nach der Bundestagswahl 2009 richtete sich die gesamte politische Aufmerksamkeit auf die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen am 9. Mai 2010. Sie war nicht nur die erste nach der Bundestagswahl und die einzige 2010, sondern ist überdies allgemein – wegen der großen Stimmenzahl – die bedeutsamste, und wird daher oft auch als „kleine Bundestagswahl“ bezeichnet. So war der 9. Mai mit doppelter Bedeutung aufgeladen: erster Stimmungstest auf den Regierungswechsel zu Schwarz-Gelb 2009 in Berlin, zugleich erste Akzeptanz- und Bewährungswahl für die bürgerliche Wunschkoalition aus CDU und FDP in Düsseldorf. Nordrhein-Westfalen steht von jeher im besonderen Ruf, als Labor für die Wende in politischen Konstellationen zu fungieren. Wahlergebnisse hier haben auch andernorts Machtverhältnisse verändert. Die NRW-Wahl 1966 beispielsweise läutete mit dem späteren Transfer des Koalitionsmodells aus SPD und FDP von Düsseldorf nach Bonn die Zeitenwende für eine mehr als ein Jahrzehnt währende sozialliberale Periode ein; die Abwahl von Rot-Grün 2005 löste noch im selben Jahr das Ende der rot-grünen Ära auch in Berlin aus, ein Schrittmacher für die nachfolgenden Landtagswahlen. Inzwischen stellt Rot-Grün außer in Bremen in keinem Bundesland mehr eine gemeinsame Regierung.

2005 war in Düsseldorf die fast 39-jährige sozialdemokratische Ära zu Ende gegangen, anfangs im Verbund mit den Liberalen, zwischenzeitlich in alleiniger Verantwortung, zuletzt zehn Jahre lang in Koalition mit den Grünen. Nur drei Parteien hatten 2005 wesentlich an Stärke zugelegt: die CDU mit spektakulär fast einer Million Stimmen und zwei außerparlamentarische Parteien am Rande des Parteienspektrums, die linke WASG mit gut 180.000 Stimmen sowie die rechtsradikale NPD mit über 71.000 Stimmen. Dank des großen Zulaufs zur CDU reichte die Zahl der Mandate für ein schwarz-gelbes Bündnis unter Ministerpräsident *Jürgen Rüttgers*, obwohl die Liberalen um etwa ein Drittel dezimiert worden waren.

Praktisch schon am Abend der Bundestagswahl 2009 war mit der Interpretation des Wahlergebnisses der NRW-Wahlkampf 2010 eröffnet worden. Die Gewinne für die kleinen Parteien (allen weit voran die FDP) und die Verluste für die bisherigen Regierungsparteien der Großen Koalition (moderat für die Union, dramatisch für die SPD) wurden nach Umfang und Ursache als Signal für den kommenden Wahlentscheid in Nordrhein-Westfalen ausgedeutet. Vor diesem Hintergrund stellten sich an den Wahlausgang am 9. Mai 2010 folgende Fragen:

- Wird die seit einer Wahlperiode in Düsseldorf bestehende bürgerliche Koalition aus CDU und FDP bestätigt, und welcher der Partner besteht die erste Bewährungsprobe besser?
- Können SPD und Grüne die bei Zwischenwahlen übliche oppositionelle Stimmung zu ihrem Vorteil nutzen? Wer, möglicherweise auch als außerparlamentarische Partei, wird vom Unmut der Wähler am meisten, wer am wenigsten profitieren?

- Setzt sich der bei der Bundestagswahl 2009 markante Trend zu den kleinen Parteien ähnlich stark auch 2010 in Nordrhein-Westfalen fort? Können die dortigen Liberalen aufgrund dieses Trends ihren früheren Status als dritte politische Kraft im Land zurückerobern? Gelingt der Linken auch im größten westdeutschen Flächenstaat der Einzug ins Parlament?
- Schreitet die Abkehr von den einst großen Volksparteien fort? Wen wird es stärker treffen: die regierende CDU oder die oppositionelle SPD?
- Sind die Nichtwähler weiter auf dem Vormarsch, oder lassen sich die Wahlberechtigten, ähnlich wie 2005, durch die Zuspitzung auf eine Richtungsentscheidung im Land zwischen Schwarz-Gelb und Rot-Grün-Rot zum Wahlgang motivieren und vermehrt zur Stimmabgabe mobilisieren?
- Nimmt die Wählerfluktuation weiter zu und indiziert damit eine wachsende Instabilität künftiger politischer Mehrheitsverhältnisse?
- Wird unter den Bedingungen des inzwischen etablierten Fünfparteiensystems am 9. Mai 2010 in Nordrhein-Westfalen nach alter Lagermentalität gewählt oder taktisch offen für neue Koalitionsvarianten und -präferenzen?
- Wird der Fokus der Wahlentscheidung stärker bei der Bundespolitik oder auf Landesebene liegen? Welche Rolle werden das Ansehen der Spitzenkandidaten spielen, die Dringlichkeit von Sachfragen und die vermuteten Lösungskompetenzen, der Wahlkampf selbst und die ihn begleitenden Ereignisse?

Umfragen zeigten in den letzten Monaten vor der Wahl, dass die CDU ihr Ergebnis von 2005 nicht würde halten können, sondern unter 40 Prozent abrutschen. Auch die SPD müsste mit Verlusten im Vergleich zu 2005 rechnen, könnte aber nach dem Rückschlag bei der Bundestagswahl 2009 wieder Tritt fassen und über 30 Prozent kommen. Für die FDP schien nur ein kleiner Auftrieb von ein bis zwei Punkten gegenüber 2005 möglich, denn sie war seit ihrem Höhenflug zur Bundestagswahl 2009 auf unter zehn Prozent abgestürzt. Klar aufwärts gegangen war im Laufe der letzten fünf Jahre die Kurve für die Grünen, die sich auf etwa zwölf Prozent fast verdoppelt hatten. Ebenfalls nach oben – aber auf niedrigerem Niveau – verlief der Trend für die Linke, deren Einzug in den Düsseldorfer Landtag erwartet wurde.

1.1. Bundespolitische Faktoren

Aus Sorge vor einem möglichen Denkkzettel stand die Berliner Regierungspolitik seit dem Regierungswechsel 2009 unter der unausgesprochenen Devise „Warten auf NRW“¹, das hieß, politischer Stillstand und Aufschub wichtiger Entscheidungen über Reformvorhaben auf die Zeit nach der NRW-Wahl. Zu entscheiden war über unpopuläre Maßnahmen, die schmerzhaft sein und politischen Streit auslösen würden: die Haushaltssanierung mit einschneidend harten Sparmaßnahmen; die Gesundheitsreform in Richtung einer Gesundheitsprämie; die Verlängerung der AKW-Laufzeiten im Rahmen einer Energiewende; die Reform der Hartz-IV-Sätze nach einem Urteil des BVerfG; eine milliardenschwere Rettungsaktion der Euroländer für Griechenland, dessen drohender Bankrott im Frühjahr

1 Auf diese Weise war die Berliner Bühne zum untrennbaren Teil des NRW-Wahlkampfes geworden, so dass dieser enge Zusammenhang bei der Analyse berücksichtigt werden muss.

2010 die Finanzstabilität der ganzen Eurozone gefährdete. Das Zögern, Ausweichen und Hinhalten wurde der Bundesregierung einerseits als Parteitaktik mit Blick auf die Wahl in Nordrhein-Westfalen ausgelegt, andererseits als Konzeptionslosigkeit und Führungsschwäche angekreidet.

Der binnen nur eines Monats ausgehandelte Koalitionsvertrag² erzeugte „trotz großer Einigungsmenge“ vom ersten Moment an internen Streit über dessen Auslegung. Union und FDP verbanden mit ihrer endlich in Berlin erreichten Wunschkoalition diametral unterschiedliche Auffassungen. Nach elf Jahren Opposition sahen die Liberalen in ihrer Regierungsbeteiligung das Signal für einen Aufbruch zu politischem Neuanfang. Die Union setzte dagegen auf Konsistenz und Kontinuität. Sie wollte ihre bisherige Regierungsarbeit nicht selbst nachträglich in Zweifel ziehen, sondern bewahren, was sich aus ihrer Sicht in Zeiten der Großen Koalition bewährt hatte. Dieser Dissens, verschärft noch durch die lange Dauer aufgeschobener Entscheidungen, lieferte immer wieder Anlässe für neuen koalitions-internen Streit und sorgte im Hintergrund anhaltend für eine disharmonische Dauerbeschallung des NRW-Wahlkampfes.

Enttäuschung über Schwarz-Gelb in Berlin hatte sich in der Bundesbevölkerung schon früh breit gemacht. Ende Oktober 2009 verspürten nur noch wenige so etwas wie Aufbruchstimmung in Deutschland.³ Eines der wenigen Gesetzgebungsvorhaben in der Anfangszeit der neuen Bundesregierung, das „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ mit einer Reihe von Maßnahmen zur Wirtschaftsförderung und Steuerentlastung, verfehlte kommunikativ seine Botschaft. Was das Gesetz leisten sollte, war bis zum Jahresende 2009 kaum richtig zu den Wahlbürgern durchgedrungen und wenn, überzeugte es nur die wenigsten.⁴ Für die Liberalen hatte das Gesetz indessen gravierende Folgen. Die hierin vorgesehene Reduzierung des Mehrwertsteuersatzes für Hotelübernachtungen von 19 auf 7 Prozent, von CSU und FDP gefordert, bescherte den Freidemokraten einen schweren Imageschaden, von dem sie sich nicht erholten. Mit der Formel „Versprochen – gehalten“ hatten sie eigentlich ihre Verlässlichkeit und Standfestigkeit demonstrieren wollen, konterkarierten aber mit dieser neuen Subvention ihr eigenes politisches Credo. Schlimmer noch: Im zeitlichen Umfeld war bekannt geworden, dass die FDP eine beträchtliche Spende von einem Hotelier erhalten hatte. Nichts hätte den fatalen Eindruck von Klientelpolitik plakativer illustrieren können als diese Koinzidenz. Fortan hatte sich die FDP gegen dieses Etikett zur Wehr zu setzen. Binnen weniger Monate verlor die Partei die breite Zustimmung unter den Wählern der Bundestagswahl 2009.

- 2 Vgl. *Thomas Saalfeld*, Regierungsbildung 2009: Merkel II und ein höchst unvollständiger Koalitionsvertrag, in: ZParl, 41. Jg. (2010), H. 1, S. 181 – 206. *Saalfeld* resümiert: „Der Koalitionsvertrag von 2009 ist ein höchst unvollständiges Dokument, das in vielen Bereichen der Politik bestenfalls allgemeine Spielregeln für weitergehende Verhandlungen zwischen Union und FDP festlegt“ (S. 206).
- 3 Nur 24 Prozent nahmen eine Aufbruchstimmung wahr, 70 Prozent hatte sich dergleichen nicht vermittelt, http://www.forschungsgruppewahlen.de/Umfragen_und_Publikationen/Politbarometer/Archiv/Politbarometer_2009/Oktober_III/ (Abruf am 18. November 2010).
- 4 17 Prozent fanden die geplanten Maßnahmen gut, 26 Prozent schlecht, 56 Prozent hatten sich kein Urteil gebildet. Zugleich fürchteten 26 Prozent finanzielle Mehrbelastungen, nur sechs Prozent erwarteten Entlastungen, während wiederum 56 Prozent glaubten, für sie werde sich nicht viel ändern, http://www.forschungsgruppewahlen.de/Umfragen_und_Publikationen/Politbarometer/Archiv/Politbarometer_2009/Dezember/ (Abruf am 18. November 2010).

Aus bundespolitischer Warte dominierten drei fundamentale Streitthemen⁵ lange die Zeit vor der NRW-Wahl 2010: bis weit in den März hinein das Thema Steuersenkung und Steuerreform⁶; ab Februar eine polemisch zugespitzte Debatte um den deutschen Sozialstaat⁷; parallel dazu bis zum Mai die sich aufschaukelnde Eurokrise im Zusammenhang mit einer von den Eurostaaten zwar zugesagten, danach aber von Deutschland bis kurz vor der NRW-Wahl hinausgezögerten Rettungsaktion für Griechenland.⁸ Gemeinsame Klammer dieser Themen war das Geld: der Kampf um dessen (leistungs-)gerechte Verteilung beziehungsweise richtige Verwendung.

Alle diese Vorgänge addierten sich zu einem kritischen Gesamtbild und vertieften den Eindruck vom schlechtesten Start einer Koalitionsregierung auf Bundesebene. Das schwarz-gelbe Bündnis hatte binnen eines halben Jahres nicht nur weitgehend das Vertrauen in ihre Regierungsfähigkeit⁹ eingebüßt, sondern auch in Umfragen die „Wählermehrheit“ verloren. Mangels konkreter Regierungsentscheidungen blieb den Berliner Oppositionsparteien in dieser Zeit eigentlich wenig Spielraum für kontrastierende eigene Profilierung, das rot-

- 5 Weitere Streitpunkte: die Rolle der CDU-Politikerin *Erika Steinbach* in der Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“; Revision der Konzepte für die Entwicklungshilfe; die Einführung der Gesundheitsprämie; die Verlängerung der AKW-Laufzeiten im Zuge einer Energiewende. Die Fronten verliefen je nachdem kreuz und quer: zwischen FDP und Union, CSU und FDP, CDU und CSU, dabei auch zwischen deren Bundes- und Landespolitikern.
- 6 Laut Politbarometer der Forschungsgruppe Wahlen von Oktober 2009 (III) unterstützten zwar 42 Prozent die geplanten Steuersenkungen, aber schon damals hielten angesichts der hohen Verschuldung 53 Prozent Steuererleichterungen nicht für richtig. Ende März 2010 war die Ablehnung von Steuersenkungen noch gewachsen. Der ARD-DeutschlandTREND (April) ermittelte auf die Frage, wie 2012 mögliche finanzielle Spielräume verwendet werden sollten: 63 Prozent für Schuldenabbau, 23 Prozent für besondere staatliche Aufgaben, nur zwölf Prozent für Steuersenkungen.
- 7 Am 9. Februar 2010 urteilte das Bundesverfassungsgericht, dass *Hartz IV*-Sätze in ihrer Bemessung neu und transparenter (nicht höher) als bisher geregelt werden müssen. Daraufhin entbrannte um diese spezielle Problematik und die möglichen Folgekosten eine generelle Sozialstaatsdebatte. *Guido Westerwelle* hatte sie eröffnet und gab über Wochen polarisierend den Ton an: „Wer dem Volk anstrengungslosen Wohlstand verspricht, läßt zu spätömischer Dekadenz ein. An einem solchen Denken kann Deutschland scheitern.“ Die Quittung für den FDP-Vorsitzenden und Außenminister in Personalunion blieb nicht aus. Im ARD-DeutschlandTREND April 2010 zeigten sich 73 Prozent mit seiner politischen Arbeit wenig zufrieden. Seit seinem Amtsantritt war die Zustimmung zu seiner Arbeit um 20 Punkte auf 23 Prozent abgesunken.
- 8 Ende April/Anfang Mai erhöhte sich der Druck auf die Bundesregierung, nun rasch über effektive Milliardenhilfen für Griechenland zu entscheiden. Zwei Tage vor der NRW-Wahl musste sie nachgeben und dem Rettungspaket zustimmen. Bei dem über drei Jahre gewährten Kredit sollten 100 Milliarden Euro auf den europäischen Steuerzahler entfallen. Davon übernahm Deutschland 30 Milliarden Euro, allein knapp 8,4 Milliarden Euro im ersten Jahr. Angesichts eigener hoher Schulden, so war vermutet worden, hatte Bundeskanzlerin *Angela Merkel* eigentlich mit dieser Finanzaussage bis nach dem Wahltermin warten wollen, um das Wahlvolk speziell in NRW nicht zu beunruhigen, denn die solidarische Griechenlandhilfe war durchaus unter den Deutschen umstritten. Laut ARD-DeutschlandTREND fanden Anfang Mai 21 Prozent, Hilfszahlungen an Griechenland sollten komplett unterbleiben. 53 Prozent forderten, der deutsche Staat solle nur dann helfen, wenn sich auch die Banken, die Griechenland Geld geliehen hatten, beteiligen; nur 23 Prozent sprachen sich für eine finanzielle Unterstützung Griechenlands aus.
- 9 Laut ARD-DeutschlandTREND von Anfang Mai 2010 waren 73 Prozent der Befragten mit der Arbeit der Bundesregierung weniger oder gar nicht zufrieden.

grün-rote Lager bekam dennoch Wählerzulauf.¹⁰ Da die nächsten Landtagswahlen erst im März 2011 stattfinden, stand fest: Der Wahlausgang in Nordrhein-Westfalen würde für die Dauer eines Jahres eine bestimmte Machtverteilung faktisch festschreiben: Das am 9. Mai 2010 herbeigewählte Kräfteverhältnis konnte im Bundesrat nicht schnell durch weitere Wahlergebnisse in anderen Bundesländern relativiert oder neu austariert werden. So würden die nordrhein-westfälischen Wahlergebnisse voll auf die Berliner Regierungspolitik durchschlagen, sollten sie so ausfallen, dass sie die schwarz-gelbe Mehrheit im Bundesrat brechen und ein „Durchregieren“ unmöglich machen würden.

1.2. Landesspezifische Faktoren

CDU und FDP kämpften also mit gefährlich starkem Gegenwind aus Berlin¹¹, der eigentlich SPD, Grünen und der Linken ganz willkommen sein musste. Tatsächlich war aber keinem so richtig an Berliner Beistand gelegen: CDU und FDP nicht, weil sie von Berlin nur Störmanöver statt wirksamer Wahlkampfhilfe erwarten konnten; auch der SPD nicht, deren verunsicherte Bundesorganisation sich nach der schweren Niederlage bei der Bundestagswahl 2009 noch auf der Suche nach neuem Kurs und alter Identität befand. Als Partei ohnehin zentralistischen Methoden abhold, wollten die selbstbewussten NRW-Grünen natürlich gar keine Hilfe von außen, sondern den Wahlkampf ganz autonom mit landesspezifischen Themen führen. Auch die Linke versprach sich wenig von Berliner Unterstützung, denn dort reagierte man auf Programm und Auftreten der eigenen Unterorganisation mehr mit Kopfschütteln als mit Beifall. Im allgemeinen „Warten auf NRW“ sahen somit alle die Chance, den Wahlkampf voll auf das Land zwischen Rhein und Weser zu konzentrieren und die politische Entscheidung vor allem in der Landespolitik zu suchen. Die Parteien trafen damit auch eher die Stimmung in der nordrhein-westfälischen Wahlbevölkerung, die Ende April 2010 zu 54 Prozent die Politik im Land zur Grundlage für ihre Entscheidung machen wollte, zu 41 Prozent die Politik im Bund. Ganz ähnlich war auch die Motivlage 2005 gewesen.¹²

Die beiden Volksparteien CDU und SPD starteten – gemessen an den Trends der letzten Wahlen in Nordrhein-Westfalen – stark geschwächt in den Wahlkampf 2010; dagegen konnten die kleinen Parteien FDP, Grüne und Linke auf einen wachsenden Wählerzustrom im Land setzen. Dass durch die Wahl am 9. Mai 2010 eine Koalition aus nur zwei Parteien

10 In den jeweils letzten Umfragen vor dem 9. Mai 2010 ermittelten die sechs Institute Allensbach, Emnid, Forsa, Forschungsgruppe Wahlen, GMS, Infratest-dimap im Schnitt folgende bundesweiten Wähleranteile: CDU/CSU 35,2 Prozent; FDP 8,2 Prozent; SPD 26,1 Prozent; Grüne 14,8 Prozent; Linke 9,9 Prozent (eigene Berechnung). Bei keinem der Umfrageinstitute errangen Union und FDP noch eine „Wählermehrheit“. Die Verantwortung hierfür lag allein bei der FDP, deren Anteil gegenüber der Bundestagswahl 2009 um mehr als sechs Punkte geschmolzen war, während die Union um gut einen Punkt zugelegt hatte. Im rot-grün-roten Lager wurden die Grünen (um 4 Punkte) und die SPD (um 3 Punkte) gestärkt.

11 Wie weit das allgemeine „Strafbedürfnis“ ging, belegt die Mai-Umfrage des ARD-DeutschlandTREND. Dort stimmten 57 Prozent der Aussage zu: „Die Bundesregierung hat bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen einen Denkkzettel verdient.“

12 Vgl. Forschungsgruppe Wahlen, Politbarometer-Extra Nordrhein-Westfalen, KW 17/2010, zitiert nach *Viola Neu*, Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen 9. Mai 2010, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Berlin 2010, S. 46.

im Düsseldorfer Landtag zustande käme, abgesehen vom (ungewollten) Sonderfall einer Großen Koalition, schien unter diesen Bedingungen nicht mehr sicher. So rückte die taktische Frage nach Bündnisoptionen alsbald ins Zentrum des Wahlkampfes. Von Anfang an wurde über verschiedene Koalitionsvarianten spekuliert. Ob aber eine Fortsetzung des schwarz-gelben Bündnisses, ob Schwarz-Grün oder Große Koalition – Ampel- oder Jamaika-Koalition waren dabei kaum im Gespräch – waren sich die Beobachter zu Beginn des Wahljahres über zweierlei einig: Wie auch immer die Wahl ausgeht, bleibt die CDU Regierungspartei und *Jürgen Rüttgers* Ministerpräsident. Mit diesen Aussichten konnte die CDU dem Wahlgang einigermaßen entspannt entgegensehen, selbst wenn sie nach dem Überraschungserfolg von 2005 Federn lassen würde und angesichts des Gegenwinds aus Berlin auf einige Verluste gefasst sein musste. Als Wunschziel bekräftigte die CDU die Fortsetzung der bestehenden Koalition. Für die SPD war die Lage heikel. Die Bundestagswahl 2009 hatte drastisch vor Augen geführt, wie schwer es ist, ohne echte Machtperspektive einen mobilisierenden Wahlkampf zu bestreiten. Die Sozialdemokraten traten zudem mit einer Spitzenkandidatin an, die als schwach und chancenlos gegen den amtierenden Ministerpräsidenten galt. Für die seit fünf Jahren in die Opposition verbannte SPD konnte es bei den gegebenen Kräfteverhältnissen¹³ nur dann eine realistische Regierungsoption geben, wenn sie es riskierte, eine rot-grün-rote Koalition beziehungsweise Tolerierung nicht für alle Zeit auszuschließen. Dies erinnerte jedoch unliebsam an Parallelen zur Landtagswahl in Hessen 2008. Dort hatte seinerzeit die SPD-Spitzenkandidatin *Andrea Ypsilanti* das Drehbuch für einen letztlich dann doch gescheiterten Regierungswechsel geschrieben: vor der Wahl ein rot-grün-rotes Bündnis kategorisch ausschließen, nach der Wahl aber – wenn es rechnerisch möglich wäre – mit Bedauern über den Wortbruch gleichwohl den Regierungswechsel betreiben. Der Hinweis auf *Andrea Ypsilanti* setzte die SPD und ihre Spitzenkandidatin *Hannelore Kraft* von Anfang an und permanent dem Verdacht aus, ähnlich wie jene taktieren zu wollen und damit die Wähler zu täuschen.¹⁴ Um nicht in die „*Ypsilanti*-Falle“ zu tappen, blieb *Hannelore Kraft* nichts anderes übrig, als sich in einem taktischen Balanceakt zwischen einerseits Nein und andererseits Ja, zwischen Ausschluss und Offenheit zu üben. Sie benutzte dabei zwei semantische Kniffe, mit deren Hilfe sie ihre Aussagen zur Koalitionsfrage konditionierte: den Verweis auf „derzeit“ sowie die Betonung der „regionalen Besonderheit“. So vermied sie alle eindeutigen Aussagen in Bezug auf die Linke, bekräftigte, dass sie Rot-Grün und nicht Rot-Grün-Rot anstrebe, verwies bei entsprechenden Fragen stets cool auf die mangelnde Regierungsfähigkeit der nordrhein-westfälischen Linken und schloss ein Bündnis mit dieser Partei in deren gegenwärtigem Zustand aus. Das Wahlprogramm der Linken mache deutlich, „dass die Linkspartei derzeit weder regierungs- noch koalitionsfähig“ sei.

Für die FDP stand etwas anderes als die Fortsetzung der schwarz-gelben Koalition in Analogie zu Berlin nicht ernsthaft zur Debatte, weder eine Ampel- noch eine Jamaika-Koa-

13 In den allermeisten Vorwahlbefragungen wurde die Linke zwischen fünf und sechs Prozent notiert, ab März 2010 SPD und Grüne gemeinsam in etwa so stark wie CDU und FDP zusammen. Das bedeutete ein Pakt zwischen den politischen Lagern von Schwarz-Gelb und Rot-Grün, und entsprechend kam es auf das Abschneiden der Linken und der übrigen kleinen Parteien an, für die ein Anteil unter fünf Prozent vorhergesagt wurde.

14 Die CDU verwandte in ihrer Kampagne in Anspielung auf die Parallele zwischen Hessen und NRW den Begriff „Kraftilanti“.

lition. Gegen erstere sprach aus Sicht der Liberalen, dass sich die SPD nicht klar von einer Zusammenarbeit mit der Linken distanzierte, gegen letztere vor allem der grüne Kurs in inhaltlichen Fragen (Abschaffung der Studiengebühren, Atomausstieg). Diese Festlegung auf die alte Lagerbindung aus Zeiten der *Kohl*-Ära galt der FDP als Treuebeweis und zugleich als Beleg für ihren verlässlichen, geradlinigen Kurs. Auch als ab März 2010 in Umfragen Schwarz-Gelb und Rot-Grün gleichauf lagen, hielten die Freidemokraten uneingeschränkt an ihrer Koalitionsaussage fest. Der FDP-Spitzenkandidat *Andreas Pinkwart*, Minister für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie in NRW, gab allerdings hin und wieder zu erkennen, wie sehr er es dem Partner CDU verübele, dass er den Spekulationen über ein mögliches schwarz-grünes Bündnis freien Lauf ließ und sich nicht ähnlich loyal gab wie die Liberalen. Damit stelle die CDU, so der Vorwurf von *Pinkwart*, die FDP als überflüssig für die nächste Regierungsbildung hin und schmälere auf diese Weise die gemeinsamen Erfolgsaussichten. Die Grünen mit der Spitzenkandidatin *Sylvia Löhrmann* hatten ihrerseits erklärt, sie seien gegen „Ausschleißeritis“, sie wollten keinen Koalitionswahlkampf führen. Abgelehnt wurden nur die Tolerierung einer rot-roten Minderheitsregierung und eine Jamaika-Koalition, wie sie jüngst im Saarland gebildet worden war. Die eindeutige Präferenz lag zwar bei Rot-Grün, notfalls auch unter Beteiligung der Linken. Dafür sprach die personelle Konstellation mit *Kraft* und *Löhrmann*, zwei Frauen an der Spitze als Gespann, das der für Genderproblematik sensibilisierten Klientel ein attraktives grün-rotes Signal aussenden konnte. Angesichts der Umstände wurde aber ein schwarz-grünes Zusammengehen auch nicht ausdrücklich ausgeschlossen. Bereits nach den Kommunalwahlen 2005 und vermehrt 2009 hatten sich in Gemeinden und Großstädten schwarz-grüne Bündnisse gebildet. 2008 kam mit dem CDU/GAL-Senat in Hamburg ein weiteres Vorbild sogar auf Landesebene, wenn auch in einem Stadtstaat, hinzu, so dass die Zeit reif schien, Ähnliches auch einmal in einem Flächenstaat auszuprobieren.

Die Linke wurde von keinem als Koalitionspartner in Betracht gezogen. Der Landesverband gilt als chaotisch und ideologisch von Altkommunisten und Marxisten durchsetzt und wird daher vom Verfassungsschutz in NRW wegen des Extremismusverdachts beobachtet. Obwohl also als Partner weder erwünscht noch gefragt, aber doch – angesichts von Umfragedaten – irgendwie im Spiel, legte sich die Linke ebenfalls mit einer konditionierten Koalitions- beziehungsweise Tolerierungsaussage fest: „Die Linke.NRW wird sich an keiner Regierung beteiligen oder diese tolerieren, die Privatisierung, Personal- und Sozialabbau vornimmt und nicht die Lebens- und Arbeitsbedingungen verbessert.“¹⁵ Damit ging die Partei offensiv gegen die Behauptung an, sie sei nicht regierungsfähig und vor allem auch nicht regierungswillig.

Am Ende des Wahlkampfes spiegelte sich in den Koalitionspräferenzen innerhalb der Wahlbevölkerung eine gewisse Offenheit für lagerüberschreitende Bündnisse. Zu einer Richtungsentscheidung für Schwarz-Gelb gegen ein linkes Lager aufzurufen – ein solcher Entscheid in gegensätzliche politische Alternativen fand 2010 nicht das entsprechende Echo und traf nicht mehr die Wählermentalität in Nordrhein-Westfalen, die sich schon hin zu einer neuen, komplexeren Realität bewegt hatte. Aus den am Wahltag ermittelten Koalitionspräferenzen ließ sich die mit dem Richtungswahlkampf angestrebte Bestätigung für Schwarz-Gelb nicht mehr ablesen. Auf die jeweiligen potentiellen Koalitionen entfielen:

15 BSOZD.com-News vom 2. Dezember 2009.

SPD und Grüne 44 Prozent; Große Koalition 43 Prozent; CDU und FDP 31 Prozent; CDU und Grüne 20 Prozent; SPD, Grüne und Linke 14 Prozent.¹⁶

2. Der Wahlkampf

Den Auftakt zur heißen Wahlkampfphase bildeten die zeitlich gestaffelten Landesparteitage.¹⁷ Diese Veranstaltungen bieten den Parteien als „instrumentelle Inszenierung“ von Medienereignissen (*Hans Mathias Kepplinger*) stets eine Extra-Portion öffentliche Aufmerksamkeit für ihre Botschaften. Einzig die CDU hätte darauf dieses Mal wohl lieber verzichtet. Genau dieser Parteitag hatte nämlich im Stadium seiner Planung die Krise für die Christdemokraten durch die sogenannte Sponsorenaffäre aufs Äußerste zugespitzt.¹⁸ Die Stimmung war nervös, die Selbstsicherheit der Partei angegriffen, das Selbstbewusstsein des Ministerpräsidenten angeschlagen. So ähnelte der Parteitag eher einer Krisensitzung. Noch zu Beginn des Jahres 2010 als unangefochtene Wahlsiegerin gehandelt, hatte sich die Entwicklung im Laufe des Wahlkampfes immer mehr gegen die CDU gerichtet. Mit der Sponsorenaffäre war dann der kritischste Punkt erreicht. Der sicher geglaubte Wahlsieg war angesichts von Affären¹⁹ und sinkenden Umfragewerten gefährdet. Binnen Kurzem war die CDU in die Defensive geraten, hatte sich selbst hineinmanövriert.

- 16 Mehrfachnennungen waren möglich, so dass man – Indiz für die Offenheit in dieser Frage – von Überschneidungen ausgehen muss. Forschungsgruppe Wahlen, Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen, Blitzbefragung am 9. Mai 2010, zitiert nach *Viola Neu*, a.a.O. (Fn. 12), S. 33.
- 17 Den Reigen eröffneten die Grünen mit ihrem Parteitag am 6. Februar 2010 in Essen, es folgten die SPD am 26. Februar in Dortmund und die Linke mit einem Sonderparteitag am 27. Februar in Duisburg; dann war die FDP am 13. März in Siegen an der Reihe, zuletzt die CDU am 20. März in Münster. Die FDP veranstaltete zusätzlich noch einen Bundesparteitag am 24. April in Köln.
- 18 In den Tagen um den 20. Februar 2010 war eine Briefaktion für ein Parteitagssponsoring samt Preisliste in die Öffentlichkeit gelangt. Daraus ging hervor, dass die NRW-CDU Flächen an Sponsoren vermieten wollte, die interessiert waren, sich am Rande des Parteitags mit ihrem Unternehmen zu präsentieren. Gegen entsprechenden Aufpreis war in der Angebotspalette fakultativ auch ein Treffen, ein gemeinsames Photo oder ein Gespräch mit dem Ministerpräsidenten enthalten. *Jürgen Rüttgers* stoppte sofort die Briefaktion und entschuldigte sich dafür, sie sei ohne sein Wissen in Gang gesetzt worden. Der CDU-Landesgeneralsekretär *Hendrik Wüst* übernahm umgehend die volle Verantwortung für die Aktion und stellte seinen Posten zur Verfügung. *Andreas Krautscheid*, Vertrauter von *Rüttgers* und bis dahin Minister für Europa und Medien, wurde sein kommissarischer Nachfolger. Die Personalfrage war damit zwar schnell gelöst worden, die Affäre aber nicht ausgestanden. Gegen *Rüttgers* wurden Käuflichkeitsvorwürfe erhoben, ob er davon gewusst hatte oder nicht. Glaubte man ihm, so blieb doch der für jeden Manager gravierende Makel an ihm hängen, dass er seine Mitarbeiter nicht im Griff habe.
- 19 Zur Sponsorenaffäre kam noch die sogenannte Spitzelaffäre: Die CDU ließ mit Video-Aufzeichnungen SPD-Wahlveranstaltungen und die Spitzenkandidatin *Hannelore Kraft* beobachten, um authentische Belege für die wahren Absichten der SPD-Spitzenkandidatin zu sammeln und ihre „Verschleierungstaktik“ zu entlarven. Über ein Sicherheitsleck in der Staatskanzlei war ein entsprechender E-Mail-Verkehr bekannt geworden; des Weiteren die Justizskandale im Strafvollzug (Mord in einer JVA, Ausbruch unter Mithilfe von Justizbeamten), die der Justizministerin *Roswitha Müller-Piepenkötter* angelastet wurde; der PFT-Giftskandal im Sauerland und der darin mit fragwürdigen Aussagen verwickelte Umweltminister *Eckard Uhlenberg*; die Krankenkassenaffäre des Generalsekretärs *Hendrik Wüst*; eine Spendenaffäre noch aus dem Jahr 2005.

Beim Blick auf den Wahlkampf drängen sich die Parallelen zur Kampagne 2005 auf. Die Ausgangslage war 2010 indessen komplett anders. Wie damals sollte auch dieses Mal dem Wahlvolk vermittelt werden, dass eine Richtungsentscheidung anstehe. So hieß es in vorbereiteten CDU-Wahlkampfreden für die Aktivisten: „Es geht um Sicherheit und Stabilität mit der CDU und *Jürgen Rüttgers* oder Chaos mit Rot-Rot (...). Die CDU und *Jürgen Rüttgers* stehen für die Einheit der Gesellschaft. Rot-Rot steht für die Spaltung.“²⁰ Anders als 2005 befand sich die CDU jetzt aber in der Regierungsrolle, wo es gilt, eine Bilanz vorzulegen, die dank nachgewiesener Leistung im Krisenmanagement den Vertrauensvorsprung für die nächste Wahlperiode rechtfertigen und begründen soll; für eine Regierungspartei ist ein Sicherheit und Zuversicht vermittelnder Wahlkampf angesagt und keine Angstkampagne, zu der Oppositionsparteien gern greifen. Die CDU-Wahlkampfstrategen ließen 2010 ein bereits 2005 bewährtes CDU-Credo wieder aufleben, die Verbindung von „Wirtschaftlicher Vernunft“ und „Sozialer Gerechtigkeit“, verkörpert in Ministerpräsident *Jürgen Rüttgers*. Mit dieser Botschaft war es der CDU 2005 gelungen, in die Traditionswählerschaft der SPD einzudringen, weshalb sich *Rüttgers* damals noch am Wahlabend als der neue „Arbeiterführer“ in Nordrhein-Westfalen bezeichnete. Diese Selbstcharakterisierung hatte er in der Folge beibehalten und mit entsprechenden Initiativen und Debatten (etwa Forderung nach Änderung der *Hartz IV*-Gesetze, statt Rente mit 67 Jahren eine „bedarfsgerechte Rente oberhalb der Armutsgrenze“) glaubhaft unterfüttert. Ein ähnliches Signal sollte auch dieses Mal von der CDU-Kampagne ausgehen; Ziel waren die ehemaligen *Johannes Rau*- beziehungsweise *Helmut Schmidt*-Wähler, die in der nach links abgedrifteten SPD keine Heimat mehr hätten. Ihre werbliche Kampagne hatte die CDU stark auf *Rüttgers* zugeschnitten. Die Wähler wurden mit einem Bündel von Aussagen konfrontiert, etwa Arbeitsplätze sichern, Sicherheit in der Krise, Fortbestand des dreigliedrigen Schulsystems, Kinder und Familie stärken. Diese wurden jeweils ergänzt um Appelle wie „Deshalb *Jürgen Rüttgers*; Wir in Nordrhein-Westfalen beziehungsweise NRW²¹; Kompetenz entscheidet; Stark, Sicher, Sozial; NRW muss stabil bleiben“. Ein Themenwahlkampf, aber auch eine personalisierte Kampagne hätte anders ausgesehen. Zwar machte das CDU-Wahlprogramm konkrete Reformvorschläge bei den Themen Schule und Bildung, Gemeindefinanzierung, Umwelt und Naturschutz. Die Zuspitzung auf die alles entscheidende Alternative zwischen Schwarz-Gelb und Rot-Grün-Rot bedeutete aber letztlich den Verzicht auf ein eigenes sachliches, zugleich emotional polarisierendes und dadurch mobilisierendes Wahlkampfthema und die ernsthafte Auseinandersetzung damit.

Mit einem stringenten Konzept trat dagegen die FDP an, im Rahmen eines ästhetisch durchdesignten Werbeauftritts. Durch passende Themenwahl und Zielgruppenansprache sollte bekräftigt werden, dass die Wahlversprechen von 2005 nicht leere Parolen gewesen waren. Zu verstehen als Resultat und FDP-Verdienst in fünf Jahren Regierungsbeteiligung²² hieß die verbindende Klammer: „Aufsteigerland NRW“. Diese zugleich bilanzieren-

20 *Theobald Tiger*, Exklusiv: Die CDU-Wahlkampfreden, mit der Rüttgers den Menschen Angst machen will, Wir in NRW – Das Blog vom 16. Februar 2010, <http://www.wir-in-nrw-blog.de/2010/02/eine-cdu-wahlrede-enthullt-wie-jurgen-ruttgers-den-menschen-angst-machen-will/> (Abruf am 18. November 2010).

21 Anspielung auf die Formel „Wir in NRW“ in SPD-Wahlkämpfen mit *Johannes Rau* in den 1980er Jahren.

22 Immerhin waren kurz vor der Wahl 62 Prozent mit der Arbeit der Landesregierung zufrieden, weniger oder gar nicht zufrieden nur 36 Prozent. Infratest-dimap, Nordrhein-Westfalen TREND, zitiert nach *Viola Neu*, a.a.O. (Fn. 12), S. 40.

de wie optimistisch zukunftsweisende Aufstiegsformel wurde variantenreich durchdekliniert, etwa mit Slogans wie „Aufstieg durch Leistung; Aufstieg durch faire Chancen; Wissen schafft Zukunft; Kleine Klassen – Kluge Köpfe; Freiheit mit Sicherheit; Bürger statt Bürokraten“. In diesem Rahmen führten die Freidemokraten ihren Themenwahlkampf um Schule und Bildung (Studiengebühren müssen bleiben), Bürokratieabbau (wie schon 2005), liberale Sicherheitspolitik (keine flächendeckende Video-Überwachung), Umweltschutz (obwohl nicht Ländersache, für den Ausstieg aus dem Atomausstieg). Etwa einen Monat vor dem Wahltermin hatte die FDP mit der Vorlage eines neuen Steuerreformkonzepts zudem eine der für sie bedenklichsten Angriffsflächen zu bereinigen versucht.

Die SPD-Kampagne konzentrierte sich werblich auf Aussagen, die eine bessere, gerechtere, solidarische Zukunft für und in Nordrhein-Westfalen versprechen. Die Botschaften, jeweils auf einen einzigen Begriff gebracht, appellierten einerseits an Vernunft, etwa Respekt, Verantwortung, Einsatz, andererseits an Emotionen, etwa Vertrauen, Zuversicht, Sicherheit, Stolz, Freude. Unter diesen Leitbegriffen thematisierte die SPD ihre Programmpunkte: bessere Bildung für alle, ein NRW ohne Studiengebühren, ohne Atomkraft, mit fair bezahlter Arbeit; ein Land, das seine Kommunen nicht im Stich lässt, das mehr Energie in die Umwelt steckt, wieder zusammenhält. Im Unterschied zur CDU gab es bei der SPD keinen direkten Angriff auf den politischen Hauptgegner. Mehr als diese Seriosität ausstrahlende Werbekampagne kam den Sozialdemokraten im Wahlkampf aber der Umstand zu Hilfe, dass *Hannelore Kraft* sich in dem Maße kontrastierend zum Amtsinhaber *Jürgen Rüttgers* profilieren konnte, in dem dieser nicht zuletzt durch die Sponsorenaffäre Schaden nahm. Kurz vor der Wahl hatte sie als Herausforderin in der Frage, wer nächster Ministerpräsident werden soll, *Rüttgers* mit 45 zu 41 Prozent überrundet. Auf der Ziellinie galt *Kraft* im Vergleich zu *Rüttgers* als „sympathischer“ (36 Prozent), „bürgernäher“ (31 Prozent) und „glaubwürdiger“ (23 Prozent). Der amtierende Ministerpräsident stach seine Konkurrentin aus mit „mehr Sachverstand“ (30 Prozent) und „größerer Tatkraft“ (26 Prozent).²³ Ganz den klassischen Geschlechterbildern folgend standen mit den beiden Spitzenleuten harte und weiche Persönlichkeitsfaktoren einander gegenüber. Auch das einzige TV-Duell zwischen den beiden am 26. April 2010, in dem es hauptsächlich um die Streitpunkte Schulpolitik und Mindestlohn ging, vermittelte dem Publikum diesen Eindruck. Als „auf gleicher Augenhöhe“ beschrieben Beobachter später den moderaten Schlagabtausch zwischen Amtsinhaber und Herausforderin. Beide fühlten sich danach als Sieger des Duells.

Die NRW-Grünen führten ihre Kampagne unter dem Titel: „Macht mehr möglich – Grüne“. Sie bestachen mit ihren kreativen, witzig-humorvollen Slogans und anspielungsreichen Bildmotiven: Sie übersetzten und illustrierten damit ihr Wahlprogramm für ein zukunftsfähiges Land, das sich nachhaltig entwickelt, sozial, demokratisch, vielfältig ist. Die Forderungen umfassten den klassischen Katalog grüner Politikanliegen, dieses Mal mit einem Schwerpunktwechsel hin zum Thema Bildung, von mehr Geld für Bildung und Chancengleichheit beim Zugang zu Bildung, über Abschaffung der Studiengebühren hin zu mehr und besseren Kitas, von grünen Jobs, Ausstieg aus der Kernenergie bis zu ökologischer Landwirtschaft und Naturschutz.

Die Linke hatte ihrem Wahlprogramm den Titel „Original sozial – konsequent solidarisch“ gegeben. Es bestand mehr aus Willensbekundungen und Beschreibungen der allge-

23 Vgl. Forschungsgruppe Wahlen, Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen, Blitzbefragung vom 9. Mai 2010, zitiert nach *Viola Neu*, a.a.O. (Fn. 12), S. 30.

meinen Lage in Nordrhein-Westfalen als aus konkreten Vorschlägen für eine linke Politik im Land. Nach den Kapiteln „Arbeit und Reichtum umverteilen“, „Mit Ökologie und Wirtschaftsdemokratie aus der Krise“, „Neue Energiepolitik und Verkehrspolitik von links“, „Städte und Regionen für alle“, „Öffentlich statt Privat“, „Bildung ist keine Ware“, „Gleiche Rechte für alle“, „Allen Kindern und Jugendlichen gute Zukunftsperspektiven“, „Linke Politik von und für Frauen“ fanden sich jeweils schlussfolgernde Standpunkte, für die sich die Linke im Landtag und auch – volksnah – außerhalb der Parlamente einsetzen will. Inhaltliche Schnittmengen zu SPD und Grünen ließen sich durchaus entdecken, vor allem weil die Linken nur allgemeine Postulate aufgestellt, aber kein konkretes Aktionsprogramm dargelegt hatten.

Die Koalitionsfrage hatte sich im Laufe des Wahlkampfes zu einem Ersatzthema entwickelt, denn keine der strittigen Sachfragen erlangte eine so mitreißende und mobilisierende Bedeutung, dass sie den Wahlkampf dominiert und die Menschen jenseits direkter Betroffenheit emotional polarisiert hätte. Das gelang nicht dem Aufsteigerthema Bildung mit dem Schwerpunkt Schulpolitik und Studiengebühren, auch nicht der Frage der Finanzen im Land und in den Kommunen, so wenig wie den Problemen von Energie, Umwelt- und Klimaschutz. Die in früheren Wahlen oft entscheidenden Themen Wirtschaft, Arbeit, Soziales hatten dieses Mal kein ähnliches Gewicht. Zurückführen lässt sich dies vielleicht auf die nachlassenden Sorgen um die wirtschaftliche Entwicklung Nordrhein-Westfalens, ein wachsendes Sicherheitsgefühl, vor allem nach der überstandenen Wirtschaftskrise 2009: Die wirtschaftliche Lage des Landes hatten 2005 noch 55 Prozent der Wahlbevölkerung als schlecht bezeichnet, 2010 war der Anteil auf 30 Prozent gesunken.²⁴

Zum Ende des Wahlkampfes ohne echte Spannung und Dramatik stand kein einziges Sachthema zentral im Fokus der Wählerentscheidung. Gegenüber 2005 hatten sich jedoch Prioritäten bei den Themen Öffentliche Finanzen und Arbeitsmarkt gegenläufig verschoben, ein Echo auf die zwischenzeitliche Finanzkrise und auf die Entspannung am Arbeitsmarkt nach dem Wirtschaftseinbruch 2009. Als Motiv der Wählerentscheidung 2010 entfielen auf die Wirtschaft 33 Prozent der Nennungen (-6 im Vergleich zu 2005), gefolgt von Schule/Bildung (29 Prozent, -2), Soziale Gerechtigkeit (27 Prozent, -1), Arbeitsmarkt (21 Prozent, -11), Öffentliche Finanzen (20 Prozent, +10) und Umwelt/Klima (14 Prozent, +4).²⁵ Die vermuteten Kompetenzen für die Volksparteien folgten wieder stärker dem bekannten Muster der traditionell von CDU und SPD besetzten Domänen ihres Interessenvertretungsanspruchs: Wirtschaft (33 Prozent) und Finanzen (34 Prozent) als CDU-Ressort, Soziale Gerechtigkeit (44 Prozent) und Bildung (34 Prozent) als SPD-Terrain. Die Christdemokraten konnten zudem ihren 2005 eroberten Vorsprung im Vertrauen bei der Sicherung von Zukunft (33 Prozent) und Arbeitsplätzen (31 Prozent) 2010 noch leicht wahren.²⁶

All diese Indikatoren signalisierten eher spannungsarme politische Normalität als beunruhigende Unzufriedenheit mit der Sachpolitik im Lande. Das stärkt den Eindruck, dass nicht das harte Ringen um die bessere Politik am 9. Mai 2010 den Ausschlag gab, auch

24 Vgl. Forschungsgruppe Wahlen, Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen, Blitzbefragung vom 9. Mai 2010, zitiert nach *Viola Neu*, a.a.O. (Fn. 12), S. 44.

25 Vgl. ARD/Infratest-dimap, Wahltagsbefragung zur Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen am 9. Mai 2010.

26 Vgl. Forschungsgruppe Wahlen, Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen, Blitzbefragung vom 9. Mai 2010, zitiert nach *Viola Neu*, a.a.O. (Fn. 12), S. 40.

nicht der rasche Verschleiß einer Regierung mit liberal-konservativem Reformanspruch. In den fünf Jahren schwarz-gelber Regierungszeit in Düsseldorf hatte sich keine Wechselstimmung ausgebreitet, in der es für eine Regierung um Alles oder Nichts geht. Der Machtwechsel nach nur einer Wahlperiode kam gleichwohl nicht völlig überraschend; er hatte sich nach der Bundestagswahl 2009 auf der Bundesebene schleichend in Meinungsumfragen mit Verlusten für die Union und stärker noch für die FDP angekündigt; auf Landesebene war nach der Hausse für die CDU 2005 schon seit längerem die 40-Prozent-Marke unterschritten worden, und die NRW-Liberalen waren in den Sog der Bundespartei geraten. Eine latent wirkende Strömung hatte sich seit der Bundestagswahl 2009 als *Movens* für die Wahlentscheidung am 9. Mai 2010 aufgebaut, eine allgemeine und tief gehende Malaise gegenüber den regierenden Parteien. Bundes- und Landesfaktoren haben dabei bis zuletzt untrennbar zusammengewirkt und eine kritische Grundstimmung geschaffen. Auf Bundesebene mangelte es an politischem Stil (koalitionsinterner Dauerstreit), Entschlusskraft (Warten auf NRW), Offenheit und Klarheit in schwierigen Entscheidungssituationen (Ausweichen vor der politischen Debatte um harte Sparmaßnahmen, beim Eintreten für europäische Solidarität) und Einsicht in Realitäten (Forderung nach Steuersenkung trotz hoher Staatsverschuldung). Auf Landesebene fehlte es der CDU an Sinn für Moral und ethische Pflichten (Affären, insbesondere zum Parteitagssponsoring), an fairem Umgang (negative campaigning), noch grundsätzlicher an der situationsangemessenen Wahlkampfplanung und -führung, der FDP an glaubwürdiger Distanz zur abstürzenden Bundespartei. Trotz der Härten und Konflikte, die der „Herbst der Entscheidungen“ dann brachte und die eigentlich für jeden zu antizipieren waren, bleibt als Phänomen festzustellen: Nicht so sehr sozio-ökonomische Interessenlagen, eher psychologische Faktoren bestimmten den Trend der NRW-Wahl 2010 – ein bezeichnendes Ergebnis für eine Zeit, in der Wählerentscheidungen immer stärker der Sensibilisierung durch Stimmungen unterliegen und immer kurzfristiger fallen.

3. Das Wahlergebnis

Der Wahlausgang der nordrhein-westfälischen Landtagswahl am 9. Mai 2010, seine Bewertung und seine Folgen für die Regierungsbildung bestätigten gewissermaßen die vorangegangene Zuspitzung des Wahlkampfes in der „heißen“ Phase auf die Frage von rechnerischen parlamentarischen Mehrheiten und Koalitionsoptionen, also letztlich auf die Machtfrage. Aufgrund starker Verluste der CDU büßte die schwarz-gelbe Koalition ihre Landtagsmehrheit ein. Allerdings reichte es für Rot-Grün allein nicht zur Regierungsübernahme, denn die Linke hatte als fünfte Partei die parlamentarische Hürde in den Düsseldorfer Landtag überwunden und konnte am Ende das Zünglein an der Waage zugunsten einer Neuauflage des „rot-grünen Projekts“ spielen.

Zur Landtagswahl traten insgesamt 25 Parteien mit Landeslisten an. Dabei hatten nur die fünf späteren Landtagsparteien auch in allen 128 Wahlkreisen Direktkandidaten aufgestellt. Hinzu kamen acht Parteien beziehungsweise Wählergruppen, die ohne Landeslisten nur in einzelnen Wahlkreisen kandidierten, sowie acht Einzelbewerber. 2010 wurde in Nordrhein-Westfalen erstmals nach dem von der Bundesebene bekannten Zwei-Stimmen-Wahlrecht gewählt, wobei die Zweitstimmenverteilung der Parteien, die die Fünfprozenthürde überwunden haben, für die Sitzzuteilung ausschlaggebend ist.

Am 9. Mai 2010 wirkten wohlbekannte, alle (föderalen) Wahlebenen übergreifende Trends des Wählerverhaltens in Deutschland zusammen (vgl. Tabelle 1):

(1) Der Vertrauensverlust für die beiden Volksparteien setzte sich auch in Nordrhein-Westfalen fort. In den zurückliegenden zwanzig Jahren haben sich die addierten Stimmenanteile für SPD und CDU von 86,7 Prozent (1990) nahezu kontinuierlich auf 69,1 Prozent und damit um fast 18 Prozentpunkte verringert – mit besonderer Dynamik bei der aktuellen Wahl. Der Rückgang erscheint etwas moderater, wenn man die Summe der Erststimmen für SPD (38,5 Prozent) und CDU (ebenfalls 38,5 Prozent) berücksichtigt. Für beide Parteien stellten die Ergebnisse von 2010 einen neuen Tiefpunkt bei Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen dar: Für die Christdemokraten war es das schlechteste Abschneiden seit 1950, die Sozialdemokraten haben bislang nur einmal (1950) einen noch niedrigeren Anteil erzielt.

(2) Auch der Düsseldorfer Landtag ist nun ein Fünfparteienparlament, nachdem die Linke im bevölkerungsreichsten Bundesland die Mandatsschwelle überwunden hat. Bis auf die „Südschiene“ (Bayern, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz) ist sie inzwischen in allen Landesparlamenten der alten Bundesrepublik vertreten.

(3) Der generelle Trend zu rückläufiger Wahlbeteiligung setzte sich fort; die Teilnahmequote rutschte erneut auf eine Größenordnung von unter 60 Prozent. Der Zuwachs bei der Vorwahl (2005: 63,0 Prozent) gegenüber dem bisherigen Rekordtief von 2000 (56,7 Prozent) hatte offenkundig keine Wende für die landespolitische Partizipation an Wahlen eingeleitet.

(4) Der Block der Nichtwähler wurde am 9. Mai 2010 stärker als die beiden Volksparteien zusammengenommen. CDU und SPD erzielten (mit etwa 5,36 Millionen) zusammen etwas weniger (um knapp 40.000) Zweitstimmen, als die Zahl derer ausmacht, die nicht zur Wahl gegangen sind (knapp 5,40 Millionen).

(5) Trotz kräftiger Bewegungen auch zwischen den Parteien ist erneut – wie die Wählerwanderungsanalysen zeigen – die Wählerfluktuation in erster Linie und zudem mit wahlentscheidender Bedeutung vom Wechselspiel zwischen Mobilisierung und Enthaltung dominiert.

Ausschlaggebend für den Mehrheitsverlust von Schwarz-Gelb waren die dramatischen Einbußen der CDU, die gegenüber 2005 10,2 Punkte verlor, vergleicht man die mit der Wahlrechtsänderung (in Kraft getreten am 9. Januar 2008) neu eingeführten Zweitstimmen mit den (einfachen) Stimmen der Vorwahl(en). In absoluten Zahlen betrug das Minus für die Christdemokraten etwa 1,015 Millionen Stimmen und war damit sogar ein wenig größer als der Zugewinn von 2000 auf 2005, als ein Plus von fast 985.000 Wählern der Union unter *Jürgen Rüttgers* die Regierungsübernahme ermöglicht hatte. Kräftig waren auch die erneuten Verluste der SPD; mit einem absoluten Rückgang um gut 383.000 und prozentual um 2,6 Punkte fielen sie jedoch deutlich geringer aus als jene der CDU. Am Ende lagen CDU und SPD mit einem Zweitstimmenanteil von 34,6 beziehungsweise 34,5 Prozent nahezu gleichauf. Der „Vorsprung“ der CDU von 5.882 Stimmen war rechnerisch eher zu vernachlässigen, brachte auch keinen Vorteil bei der Sitzzuteilung (beide Parteien erhielten je 67 Landtagsmandate), sollte aber später beim „Koalitionspoker“ als „Argument“ eine Rolle spielen, als es um den Anspruch auf das Ministerpräsidentenamt ging.

Die FDP trug nicht zum Verlust der gemeinsamen Regierungsmehrheit bei. Mit einem leichten Zuwachs von fast 14.000 Stimmen und einem Anstieg von 6,2 um 0,5 Punkte auf 6,7 Prozent konnten die Liberalen aber die erheblichen Verluste der Union auch nicht an-

Tabelle 1: Amtliche Endergebnisse der Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen 2010, 2005 und 2000					
	9. Mai 2010		Zweitstimmen	22. Mai 2005	14. Mai 2000
Absolute Zahlen	Erststimmen	Zweitstimmen	Differenz 2010-2005	Stimmen	Stimmen
Wahlberechtigte		13.267.052	+36.686	13.230.366	13.061.265
Wähler		7.870.412	-462.951	8.333.363	7.409.399
Gültige Stimmen	7.741.955	7.760.546	-483.468	8.244.014	7.336.411
CDU	2.983.788	2.681.700	-1.014.806	3.696.506	2.712.176
SPD	2.980.311	2.675.818	-383.170	3.058.988	3.143.179
Grüne	784.826	941.162	+431.869	509.293	518.295
FDP	363.895	522.229	+13.963	508.266	721.558
Linke*	415.241	435.627	+180.650	254.977	79.934
Piraten	70.610	121.046	+121.046	–	–
pro NRW	67.310	107.476	+107.476	–	–
NPD	24.685	55.400	-18.569	73.969	2.357
Tierschutzpartei	5.093	48.099	+41.931	6.168	3.075
Rentner	7.098	38.423	+38.423	–	10.708
Sonstige	39.098	133.566	-2.281	135.847	145.129
Anteile	Prozent	Prozent	Prozentpunkte	Prozent	Prozent
Wahlbeteiligung		59,3	-3,7	63,0	56,7
CDU	38,5	34,6	-10,2	44,8	37,0
SPD	38,5	34,5	-2,6	37,1	42,8
Grüne	10,1	12,1	+5,9	6,2	7,1
FDP	4,7	6,7	+0,5	6,2	9,8
Linke*	5,4	5,6	+2,5	3,1	1,1
Piraten	0,9	1,6	+1,6	–	–
pro NRW	0,9	1,4	+1,4	–	–
NPD	0,3	0,7	-0,2	0,9	0,0
Tierschutzpartei	0,1	0,6	+0,5	0,1	0,0
Rentner	0,1	0,5	+0,5	–	0,1
Sonstige	0,5	1,7	+0,1	1,6	2,0
Sitzverteilung	Sitze		Differenz 2010-2005	Sitze	Sitze
Insgesamt	181		-6	187	231
CDU	67		-22	89	88
SPD	67		-7	74	102
Grüne	23		+11	12	17
FDP	13		+1	12	24
Linke*	11		+11	–	–

* 2005: WASG + PDS; 2000: PDS
Quelle: Landeswahlleiterin für das Land Nordrhein-Westfalen; <http://www.wahlergebnisse.nrw.de> (Abruf am 18. November 2010).

nähernd kompensieren. Zudem stellte sich in der (Medien-)Öffentlichkeit dieses Ergebnis wie eine „gefühlte“ Niederlage dar, denn bei der Bundestagswahl gut sieben Monate zuvor hatte die FDP in Nordrhein-Westfalen noch gut zweieinhalb mal so viele Zweitstimmen errungen (1,39 Millionen) wie nun aktuell auf Landesebene.

Hauptgewinner waren die Grünen. Gegenüber 2005 konnten sie sowohl ihre absolute Stimmenzahl (von 509.000 auf 941.000) als auch ihren Prozentanteil (von 6,2 Prozent auf 12,1 Prozent) nahezu verdoppeln und übertrafen damit bei der siebten Teilnahme an einer nordrhein-westfälischen Landtagswahl klar ihr bisheriges Bestergebnis (10,0 Prozent in 1995).

Der Mobilisierungserfolg der Grünen zeigt sich auch daran, dass sie ihr Zweitstimmenpotential aus der Bundestagswahl vom September 2009 nahezu vollständig auf Landtagswahlebene wieder ausschöpfen konnten. Dies ist im Übrigen auch der SPD gelungen, allerdings nur, weil die Ausgangsposition von September 2009 das mit Abstand schlechteste Bundestagswahlergebnis im Land seit 1949 war (28,5 Prozent der Zweitstimmen). Als fünftstärkste Partei schließlich zog Die Linke in den Düsseldorfer Landtag ein, die mit gut 435.000 Zweitstimmen auf einen Anteil von 5,6 Prozent kam. Als Vergleichszahl aus der Vorwahl muss hier die Summe von WASG und PDS herangezogen werden, als deren Zusammenschluss sich Die Linke konstituiert hat. Im Mai 2005 hatten sie insgesamt rund 255.000 Stimmen (3,1 Prozent) erhalten, hiervon war weniger als ein Drittel auf die frühere PDS entfallen. Unter den sonstigen Parteien, die nicht den Einzug in den Landtag schafften, sind vor allem die „Piratenpartei“ (1,6 Prozent; 121.000 Zweitstimmen), die für Freiheit im Internet kämpft, und die rechtsorientierte Bewegung mit anti-islamischer Stoßrichtung „pro NRW“ (1,4 Prozent; 107.000) zu erwähnen.

Obwohl den nordrhein-westfälischen Wahlberechtigten das auf Landesebene neu eingeführte Zwei-Stimmen-Wahlrecht aus Bundestagswahlen vertraut ist und die Möglichkeit des Stimmensplitting dort ausgiebig angewendet wird, wurde diese Option am 9. Mai 2010 weniger genutzt als bei der Bundestagswahl sieben Monate zuvor. Zwar verzeichneten CDU und SPD gemäß dem bekannten Muster Erststimmenüberhänge von jeweils etwa vier Prozentpunkten, im September 2009 hatten sie jedoch noch 6,5 beziehungsweise 6 Prozentpunkte betragen. Oft Nutznießer von Zweitstimmenkampagnen, ist – umgekehrt – bei der FDP das Zweitstimmenplus von 6,0 auf 2,0 Punkte zusammengeschrumpft. Bei den Grünen ist es hingegen mit ebenfalls 2,0 Punkten nach zuvor 2,3 in etwa unverändert geblieben. Die Linke schließlich hat kaum weniger Erst- als Zweitstimmen erhalten (5,4 Prozent gegenüber 5,6 Prozent). Inwieweit und in welchem Verhältnis am 9. Mai 2010 „lagerinternes“ oder „lagerübergreifendes“ Stimmensplitting von den Wählern eingesetzt wurde, lässt sich derzeit nicht beantworten, da noch keine Ergebnisse aus der amtlichen Repräsentativstatistik zugänglich sind.

Der neue Nordrhein-Westfälische Landtag setzt sich aus 181 Abgeordneten zusammen und weist damit die vom Wahlrecht vorgeschriebene Mindestzahl auf, wonach 128 Sitze in den Wahlkreisen und mindestens 53 Sitze aus Landeslisten zu vergeben sind. Anders als 2005 war es diesmal nicht zu Überhang- und in der Folge zu Ausgleichsmandaten gekommen (damals je drei für CDU beziehungsweise SPD).

Die CDU hat die ihr insgesamt zustehenden Mandate – wie fünf Jahre zuvor – ausnahmslos direkt in den Wahlkreisen errungen, allerdings waren es diesmal statt 89 nur noch 67 Direktmandate. Die SPD hingegen hat die Zahl ihrer Wahlkreissieger von 39 (2005) auf jetzt 61 erhöht. Weitere sechs Abgeordnete entsenden die Sozialdemokraten über ihre Lan-

desliste. Die Berechnung der Sitzverteilung (nach dem Divisorverfahren mit Standardrundung nach *Sainte-Laguë / Schepers*) ergab für beide große Parteien 67 Mandate. Die Grünen haben ihre Fraktionsstärke mit 23 Mandaten gegenüber zwölf fünf Jahre zuvor fast verdoppelt. Die FDP ist nun mit 13 Abgeordneten (zuvor zwölf) vertreten, Die Linke kommt auf elf Sitze. Betrachtet man die beiden „Lager“, so verfügt Schwarz-Gelb zusammen über 80, Rot-Grün über 90 Sitze. SPD und Grünen fehlt daher ein Sitz zur Landtagsmehrheit.

3.1. Wählermobilisierung und Wählerwanderungen

Nimmt man die Nettogewinne und -verluste der fünf Landtagsparteien als Indikator für Wählerfluktuation, so haben sich die Bewegungen zwischen Parteien 2010 gegenüber 2005 noch einmal verstärkt: Die Beträge der Veränderungsraten summieren sich aktuell auf knapp 22 Punkte gegenüber 20 im Vergleich zwischen 2005 und 2000. Vergrößert wird das Ausmaß der Wählermobilität, berücksichtigt man die unterschiedliche Wirkung durch die Veränderungen in der Wahlbeteiligung.

Der deutliche Rückgang der Wählerzahl 2010 im Vergleich zu 2005 von insgesamt über 460.000 ging – nach den Modellrechnungen der Wählerwanderungsbilanz von Infratest dimap für die ARD – zu über 70 Prozent zu Lasten der CDU, die Mobilisierungsverluste von 330.000 Wählern hinnehmen musste. Weit weniger wurden demgegenüber SPD (-130.000), FDP (-40.000) und Die Linke (-20.000) von der gestiegenen Wahlenthaltung in Mitleidenschaft gezogen. Als einzige der fünf Landtagsparteien wiesen die Grünen einen positiven Mobilisierungssaldo (+80.000) auf (vgl. Tabelle 2).

Tabelle 2: Wählerwanderungen bei der Landtagswahl in NRW 2010 (gegenüber 2005)

Wähleraustausch mit:	Konten (Salden) von:				
	CDU	SPD	Grüne	FDP	Linke
CDU		+140.000	+90.000	+130.000	+30.000
SPD	-140.000		+170.000	-10.000	+70.000
Grüne	-90.000	-170.000		-30.000	+20.000
FDP	-130.000	+10.000	+30.000		+10.000
Linke	-30.000	-70.000	-20.000	-10.000	
Andere Parteien	-110.000	-50.000	-20.000	-30.000	+40.000
Wahlbeteiligung	-330.000	-130.000	+80.000	-40.000	-20.000

Quelle: <http://stat.tagesschau.de/wahlen/2010-05-09-LT-DE-NW> (Abruf am 18. November 2010).

Die Stimmenverschiebungen zwischen den Parteien (die sich für 2010 immer auf die Zweitstimmen beziehen) spielten sich nicht nur innerhalb der politischen Lager ab. So verlor die CDU gegenüber 2005 nach allen Seiten, sowohl an den vormaligen Koalitionspartner FDP (130.000) als auch – noch stärker – an SPD (140.000) sowie Grüne (90.000) und sogar leicht an Die Linke (30.000). Die Einbußen der Christdemokraten wurden überdies aufgrund der Überalterung der eigenen Wählerschaft durch den „Generationswechsel“ (per Saldo ein zusätzliches Minus von fast 200.000 Stimmen) verschärft. Der insgesamt stärkste Wählerstrom zwischen den Parteien (per Saldo) war der Wechsel von

170.000 Wählern von den Sozialdemokraten zu den Grünen, die somit zusammen eine gute Viertelmillion Wähler von beiden großen Parteien zu sich herüberzogen. Die FDP konnte ihrerseits durch den Wechsel vormaliger CDU-Wähler (+130.000) die Abwanderungen zu den Parteien des rot-grün-roten Potenzials (-50.000) und zu den Splitterparteien (-30.000) sowie die Verluste durch Wahlenthaltung zu einem großen Teil kompensieren.

3.2. Wahlverhalten in unterschiedlichen sozialen Gruppen

Die nordrhein-westfälische CDU hat in Übereinstimmung mit gewohnten bundesweiten Mustern den vergleichsweise stärksten Rückhalt bei älteren Wählern. In dieser Gruppe waren die Einbußen zwar auch erheblich, aber nicht so stark wie bei den Jüngsten. Die „Altersschere“ zwischen den unter 30-Jährigen und den ab 60-Jährigen hat sich somit wieder etwas weiter geöffnet – von rund 15 auf 20 Prozentpunkte. Sie ist bei Frauen deutlich größer (25 Punkte) als bei den Männern (17). Mit 21 Prozent haben die Grünen im Segment der unter 30-jährigen Frauen mit der CDU (22 Prozent) gleichgezogen und besitzen hier ihre stärkste Bastion, während sie bei den Männern dieser Altersgruppe nur auf 13 Prozent kommen (vgl. Tabelle 3).

Tabelle 3: Wahlverhalten nach Alter und Geschlecht bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen 2010 (in Prozent)

	CDU	SPD	Grüne	FDP	Linke	Andere
Insgesamt						
18 bis 29 Jahre	24	29	17	7	6	17
30 bis 44 Jahre	31	29	17	8	6	10
45 bis 59 Jahre	29	36	15	7	8	6
60 Jahre und älter	44	39	6	5	3	3
Frauen						
18 bis 29 Jahre	22	32	21	7	5	13
30 bis 44 Jahre	30	30	19	7	5	8
45 bis 59 Jahre	31	36	16	7	5	5
60 Jahre und älter	47	38	7	5	2	2
Frauen insgesamt	36	35	14	6	4	5
Männer						
18 bis 29 Jahre	26	27	13	7	7	20
30 bis 44 Jahre	31	27	15	9	7	11
45 bis 59 Jahre	29	35	13	7	10	6
60 Jahre und älter	43	38	6	6	4	2
Männer insgesamt	34	33	11	7	7	8

Quelle: Forschungsgruppe Wahlen e.V., Wahltagsbefragung, Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen vom 9. Mai 2010; http://wahltool.zdf.de/_flash/nrw.shtml?req=Sitze (Abruf am 18. November 2010).

Die SPD ist wie die CDU stärker bei älteren Wählern und Wählerinnen verankert, die Spanne der Anteile zwischen Jung und Alt fällt mit zehn Punkten allerdings deutlich geringer aus als bei der CDU, während im Fall der Grünen die Linie genau andersherum verläuft. So erhalten die Grünen von den Ab-60-Jährigen nur sechs Prozent der Stimmen.

Eine auffällige, inzwischen aber schon öfter zu beobachtende Besonderheit stellt der hohe Anteil für die außerparlamentarischen Splitterparteien bei den jüngeren Männern dar: Mit zusammen 20 Prozent sind sie in dieser Gruppe deutlich stärker vertreten als die Grünen (13 Prozent). Hierfür ist nicht nur die auch in Nordrhein-Westfalen überdurchschnittliche Resonanz rechtsnationalistischer bis rechtsextremer Gruppierungen verantwortlich, sondern aktuell insbesondere der starke Zulauf (9 Prozent) zur Piratenpartei.

Tabelle 4: Ergebnisse und Trends in ausgewählten Wählergruppen bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen am 9. Mai 2010

	CDU		SPD		Grüne		FDP		Linke	
	2010 %	Diff. 2010 - 2005	2010 %	Diff. 2010 -2005	2010 %	Diff. 2010 - 2005	2010 %	Diff. 2010 -2005	2010 %	Diff. 2010 - 2005
NRW insgesamt	34,6	-10,2	34,5	-2,6	12,1	+5,9	6,7	+0,5	5,6	+2,5
Arbeiter	26	-12	44	-1	8	+5	4	±0	8	+3
Angestellte	35	-8	34	-4	14	+6	7	±0	5	+2
Beamte	39	-10	32	+1	15	+5	6	±0	4	+3
Selbstständige	43	-11	18	-6	15	+9	13	+2	5	+2
Arbeitslose	18	-17	37	+1	11	+3	4	-3	17	+7
Gewerkschafts- mitglieder	20	-7	50	-3	11	+5	4	±0	9	+3
Katholiken	46	-10	28	-1	10	+6	7	+2	4	+2

Anmerkung: An 100 Prozent fehlende Werte: „Piraten“ + „Sonstige“.
Quelle: Forschungsgruppe Wahlen e.V., Wahltagsbefragung. Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen vom 9. Mai 2010; http://wahltool.zdf.de/_flash/nrw.shtml?req=Sitze (Abruf am 18. November 2010).

Bei den sozialstrukturellen Trends des Wählerverhaltens in Nordrhein-Westfalen 2010 gegenüber 2005 verdienen vor allem zwei Aspekte hervorgehoben zu werden (vgl. Tabelle 4): Das Vorpreschen der CDU in die städtische, nicht gewerkschaftlich gebundene Arbeiterschaft, mit dem sie 2005 die Vormachtstellung der Sozialdemokratie erfolgreich in Frage stellte²⁷, erwies sich 2010 als nicht nachhaltig. Die Einbußen der Christdemokraten fielen in diesem Wählersegment überdurchschnittlich hoch aus (-12 Punkte); noch stärker waren ihre Verluste bei den Arbeitslosen (-17). In beiden Fällen konnte die SPD jedoch von diesem Trend nicht profitieren. Vielmehr kam die Abwendung von der Union den Grünen zugute, der Linken sowie den Splitterparteien rechter Couleur. Bei den Arbeitslosen erzielte Die Linke 2010 mit einem überdurchschnittlichen Zuwachs (um 7 Punkte auf 17 Prozent) sogar fast so viele Stimmen wie die CDU (18 Prozent). Im Hintergrund steht eine in den letzten Jahrzehnten zunehmend zu beobachtende Tendenz, wonach sich größere Teile der subjektiv und/oder objektiv in ihrer materiellen Existenz bedrohten Wählerschichten mit eher niedrigem sozialen Status von den Sozialdemokraten abwenden und – häufig gewissermaßen mit einem „Umweg“ über die Union – in Richtung (rechts-) radikaler Parteien oder Wahlabstinz abdriften.

27 Vgl. Ursula Feist / Hans-Jürgen Hoffmann, Die nordrhein-westfälische Landtagswahl vom 22. Mai 2005: Schwarz-Gelb löst Rot-Grün ab, in: ZParl, 37. Jg. (2006), H. 1, S. 163 – 182, S. 177.

Von vermehrter Wahlenthaltung war der Wahlverlierer von 2010, die CDU, insbesondere in ihren Stammwählerschichten und Hochburgen betroffen. Hierfür gibt die – an dieser Stelle nicht weiter vertiefte – Regionalanalyse zusätzliche Hinweise. In dieses Bild der Schleifung von CDU-Hochburgen fügen sich die überdurchschnittlichen Verluste der Union bei Landwirten, in dünn besiedelten ländlichen Regionen und in ihren katholischen Hochburgen im Regierungsbezirk Detmold, also etwa Höxter oder Paderborn mit Rückgängen von 13 Prozentpunkten und mehr. Fast durchweg ist in den entsprechenden Wahlkreisen die Wahlbeteiligung stärker zurückgegangen als in anderen Landesteilen – so in Gebieten mit geringer Bevölkerungsdichte um gut fünf Prozentpunkte oder im Regierungsbezirk Detmold um 4,7 Punkte.

Auf der anderen Seite haben die Grünen ihre bisherigen Stärkegebiete in den städtischen Dienstleistungsmetropolen und Universitätsstädten gefestigt oder ausgebaut und hier zugleich den Sozialdemokraten überdurchschnittliche Verluste beschert. (Zweitstimmen-) Anteile über 16 Prozent erreichten die Grünen nicht nur in ihrer Hochburg Köln, sondern auch in zahlreichen Wahlkreisen der südlichen Rheinschiene, in Aachen, Bielefeld und Münster. Hier zeugen zugleich unterdurchschnittliche Rückgänge der Wahlbeteiligung von der Mobilisierungskraft des grünen Wahlsiegers, den dieser gewachsene Wählerzuspruch mit einer dritten Beteiligung an einer nordrhein-westfälischen Landesregierung seit 1995 – nur unterbrochen durch das schwarz-gelbe Intermezzo 2005 bis 2010 – belohnte.

4. Die Regierungsbildung

Das Wahlergebnis vom 9. Mai 2010 machte die Regierungsbildung in Düsseldorf nicht zu einer leichten Aufgabe. Sowohl *Jürgen Rüttgers* als auch *Hannelore Kraft* hatten anfangs ihren Anspruch auf das Amt des Ministerpräsidenten bekräftigt und die Regierungsbildung unter ihrer jeweiligen Amtsführung verlangt. Angesichts der Koalitionsaussagen vor der Wahl schienen zunächst nur zwei Regierungsvarianten realistisch: eine Große Koalition oder ein Linksbündnis. Zwar glaubte *Rüttgers*, daneben auch noch ein Jamaika-Bündnis ins Spiel bringen zu können; diese Variante zerschlug sich aber rasch, als klar wurde, dass die Grünen dazu nicht bereit waren. So blieb dem abgewählten Ministerpräsidenten als einzige Option eine Große Koalition unter seiner Führung. Dagegen stand aber *Hannelore Kraft* mit ihrem Anspruch auf das höchste Regierungsamt in einer potentiellen CDU/SPD-Koalition. Ergebnis dieser unversöhnlichen Positionen: Da *Kraft* die größere Freiheit zum Handeln besaß, übernahm sie die Initiative für Sondierungsgespräche in alle Richtungen.

Am 12. Mai 2010 trafen sich SPD und Grüne zum ersten Mal nach der Wahl zu einem offiziellen Gespräch, in dem vereinbart wurde, zunächst die FDP und dann die Linken zu Sondierungsgesprächen einzuladen. Am 14. Mai lehnte die FDP nach interner Diskussion diese Einladung ab. Die Linke indessen nahm das Angebot an, und das Sondierungsgespräch fand am 20. Mai statt. Es wurde nach fünf Stunden ergebnislos abgebrochen, mit der aus dem Wahlkampf bekannten Begründung über die Regierungsunfähigkeit der Linken. Noch am gleichen Tag lud die SPD die CDU zu Gesprächen ein. Es kam zu drei Terminen in der Zeit zwischen dem 27. Mai und 2. Juni. Das Klima war zwar kühl, aber doch sachlich-freundlich. Die unüberwindbaren Gründe für die letztlich erfolglosen Gespräche lagen darin, dass die CDU auf *Rüttgers* als Ministerpräsidenten beharrte und der Dissens in der Schulpolitik nicht beseitigt werden konnte. Während die Treffen mit der CDU noch

liefen, kündigte die FDP am 31. Mai ihre Bereitschaft an, über eine Ampelkoalition zu verhandeln. Die Gespräche wurden am 8. Juni aufgenommen und am 11. Juni für gescheitert erklärt. Knackpunkt war die Schulpolitik mit dem von der SPD verfolgten Konzept der Gemeinschaftsschulen. In der Zwischenzeit hatte sich am 9. Juni der neu gewählte Landtag konstituiert. Nach einem Monat ergebnisloser Gespräche schien *Hannelore Kraft* aufgeben zu wollen. Sie lehnte in einer Erklärung am 12. Juni sowohl Neuwahlen als auch eine von den Grünen inzwischen favorisierte rot-grüne Minderheitsregierung ab. Am 14. Juni beschloss daraufhin der Parteirat der nordrhein-westfälischen-SPD, in der Opposition zu bleiben. Verärgert reagierten darauf die Grünen, die während der ganzen Zeit, nur nicht während der CDU-Sondierungsgespräche, immer mit im Boot gewesen waren. Sie pochten weiterhin auf Installierung einer rot-grünen Minderheitsregierung. Am 17. Juni kam die Kehrtwende: Nun sprach sich auch *Hannelore Kraft* für eine rot-grüne Minderheitsregierung aus, für die einen Tag später, am 18. Juni, die Linke ihre Unterstützung bei Abstimmungen im Landtag anbot. Am 22. Juni begannen die rot-grünen Koalitionsverhandlungen mit dem Ziel, eine Minderheitsregierung zu bilden. Am 6. Juli war der Koalitionsvertrag mit dem Titel „Zusammen für NRW - Gemeinsam neue Wege gehen“ ausgehandelt. Parteitage der SPD und der Grünen stimmten ihm am 12. Juli zu. Am 14. Juli wurde *Hannelore Kraft* im zweiten Wahlgang mit einfacher Mehrheit unter Stimmenthaltung der Linken zur Ministerpräsidentin von Nordrhein-Westfalen gewählt. Die neue rot-grüne Minderheitsregierung lud alle Oppositionsparteien zu einem Bündnis der Vernunft ein und appellierte, alle sollten zum Wohle des Landes an der politischen Gestaltung mitwirken. Die CDU signalisierte, sie werde keine „Totalopposition“ betreiben.

Bei der Kabinettsbildung blieb es bei der Anzahl von elf Ressorts, die jedoch teilweise neu zugeschnitten wurden (vgl. Tabelle 5).

Ministerpräsidentin	<i>Hannelore Kraft</i> (SPD)
Ministerium für Schule und Weiterbildung, stellvertretende Ministerpräsidentin	<i>Sylvia Löhrmann</i> (Grüne)
Finanzministerium	<i>Norbert Walter-Borjans</i> (SPD)
Ministerium für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr	<i>Harry Kurt Voigtsberger</i> (SPD)
Ministerium für Inneres und Kommunales	<i>Rolf Jäger</i> (SPD)
Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales	<i>Guntram Schneider</i> (SPD)
Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter	<i>Barbara Steffens</i> (Grüne)
Ministerium für Justiz	<i>Thomas Kutschaty</i> (SPD)
Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz	<i>Johannes Remmel</i> (Grüne)
Ministerium für Innovation, Wissenschaft und Forschung	<i>Svenja Schulze</i> (SPD)
Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport	<i>Ute Schäfer</i> (SPD)
Ministerium für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien	<i>Angelica Schwall-Düren</i> (SPD)
Quelle: Eigene Zusammenstellung.	

Zu Fraktionsvorsitzenden wurden gewählt: bei der CDU *Karl-Josef Laumann* in Kampfkandidatur gegen *Armin Laschet*; bei der SPD *Norbert Römer*; bei der FDP *Gerhard Papke*, der diese Funktion auch schon bisher innehatte; bei den Grünen *Reiner Priggen*; bei den Linken die Doppelspitze *Bärbel Beuermann* und *Wolfgang Zimmermann*.

Der Wahlausgang am 9. Mai 2010 führte in den beiden unterlegenen Parteien zu einem personellen Neuanfang. Bundesumweltminister *Norbert Röttgen* setzte sich bei der Wahl des neuen Landesvorsitzenden am 6. November 2010 gegen den früheren NRW-Integrationsminister *Armin Laschet* durch. Der FDP-Spitzenkandidat *Andreas Pinkwart*, Landesvorsitzender und stellvertretender Bundesvorsitzender, legte am 21. Oktober 2010 alle Parteiämter nieder, um in den Hochschulbetrieb zurückzukehren.

5. Zusammenfassung

- (1) Nach nur einer Wahlperiode büßte die christlich-liberale Landesregierung in Düsseldorf am 9. Mai 2010 ihr Regierungsmandat ein. Die CDU war mit Stimmenverlusten von über einer Million die große Verliererin und fiel mit 34,6 Prozent auf ihr schlechtestes Wahlergebnis in der NRW-Wahlgeschichte. Demgegenüber konnte die FDP zwar leicht zulegen und mit 6,7 Prozent ihren Wähleranteil gegenüber 2005 geringfügig steigern. Ihr Abschneiden kam aber ebenfalls einer Niederlage gleich, nachdem die Liberalen wenige Monate zuvor bei der Bundestagswahl 2009 noch mehr als doppelt so viele Stimmen auf sich gezogen und dadurch die Erwartung auf einen ähnlichen Erfolg auch bei der Landtagswahl gehegt hatten.
- (2) Für die SPD, lange Jahre die Regierungspartei im Lande, setzte sich auch 2010 der schrittweise Verlusttrend bei Landtagswahlen fort. Mit 34,6 Prozent überwand sie jedoch am 9. Mai 2010 den Tiefpunkt der Wahlen des Jahres 2009, als ihre Anteile durchgängig deutlich unter 30 Prozent lagen. Seit dem Verlust der Regierungsbeteiligung 2005 befanden sich die nordrhein-westfälischen Grünen im Auftrieb. Mit 12,1 Prozent verdoppelten sie am 9. Mai 2010 nahezu ihren Wähleranteil im Vergleich zu 2005. Auch die Linke ist zu den Wahlgewinnern zu rechnen. Sie überwand mit 5,6 Prozent die parlamentarische Sperrklausel, büßte aber gegenüber der Bundestagswahl 2009 an Rückhalt ein.
- (3) Der Wahlausgang lieferte erneut einen Beleg dafür, dass die Volksparteien CDU und SPD weiter um ihre Wählerbastionen bangen müssen. Sie waren besonders von der Wahlenthaltung als einer speziellen Variante des Wechselverhaltens betroffen, mit der enttäuschte Parteianhänger erste Schritte zur Abkehr tun. Die kleinen Parteien waren auch in Nordrhein-Westfalen die Gewinner bei der Neuverteilung der gültigen Stimmen, aber anders als bei der Bundestagswahl 2009 nicht primär die FDP, sondern die inzwischen ebenfalls oft als liberal-bürgerlich etikettierten Grünen. Unabhängig davon ging der Trend zu einer generell wachsenden Wählerfluktuation weiter, so dass Stimmungen und Verstimmungen den Ausschlag für den Regierungswechsel geben konnten.
- (4) Die Landtagswahl sollte nach dem Willen der CDU eine Richtungsentscheidung bringen, für Schwarz-Gelb gegen das linke Lager aus Rot-Grün-Rot. Unter diesem Druck gestaltete sich der ganze Wahlkampf zur heftigen Debatte um die Koalitionsfrage, die den übrigen Themen – der Bildungspolitik, den Öffentlichen Finanzen, der Umwelt- und Energiepolitik – wenig Platz und Stoff für sachgerechten Streit um die besseren Lösungen ließ.

- (5) Schwarz-Gelb wurde in Düsseldorf abgewählt, aber das Wahlergebnis brachte an seiner Stelle keine neue parlamentarische Mehrheit hervor. Rot-Grün verfehlte die erforderliche Zahl um einen Sitz. So bestimmte die Zeit nach der Wahl, was schon zuvor zum Hauptthema der Wahlauseinandersetzung geraten war: die Frage nach möglichen und unmöglichen Bündnissen. Schließlich gelang es nach mehr als zweimonatiger Suche unter Führung von *Hannelore Kraft* und ihrer Stellvertreterin *Sylvia Löhrmann*, eine rot-grüne Minderheitsregierung zu installieren – fallweise im Parlament auf Stimmen der Opposition angewiesen. Im ersten Test auf diese Abhängigkeit hatte die Linke die Wahl von *Kraft* zur Ministerpräsidentin durch Stimmenthaltung ermöglicht. So erlebte das rot-grüne Projekt, dem 2005 von NRW ausgehend der Todesstoß versetzt worden war, eine überraschende Renaissance.
- (6) In Nordrhein-Westfalen hatte sich in den letzten fünf Jahren keine Wechselstimmung aufgebaut, die für eine so frühe Abwahl der schwarz-gelben Regierung gesprochen hätte. Die Indikatoren zur Regierungszufriedenheit stellten dem Kabinett von *Jürgen Rüttgers* ein gutes Zeugnis aus; die Sorge um das wirtschaftliche Wohlergehen des Landes und seine Zukunft war seit 2005 geringer geworden. Die CDU galt nach wie vor in den Augen vieler Wähler als kompetent in Fragen von Wirtschaft und Finanzen. Allerdings hatte die SPD ein Stück ihrer früheren Kompetenz in der Sozialpolitik wieder zurückgewonnen. Zum Wahltermin hin änderte sich das Meinungsklima in einem für den Wahlausgang 2010 wohl noch entscheidenderen Punkt: Die Herausforderin *Kraft*, anfangs als chancenlos gegenüber dem Amtsinhaber *Rüttgers* eingeschätzt, holte Schritt für Schritt auf und überrundete ihn am Ende in der Frage, wer die neue Regierung führen sollte.
- (7) Derart geschwächt litt *Rüttgers* und mit ihm die CDU zusätzlich unter einer Serie von Affären, die nicht einmal – wie sonst oft – zeitlich passend von den politischen Gegnern hochgespielt worden waren. Die CDU selbst hatte dabei Regie geführt. Allen voran schädigte die erregte öffentliche Diskussion um das Parteitagssponsoring die Reputation des Ministerpräsidenten, so dass ihm nach der Abwahl durch die Wähler später auch nur noch der Rücktritt von allen politischen Ämtern im Land wie im Bund übrig blieb.
- (8) Von jeher ist ein Wahlgang in Nordrhein-Westfalen keine regionale Wahl wie irgendeine andere. So war es auch 2010. Schon am Abend der Bundestagswahl am 27. September 2009 hatten die Kommentatoren auf die bald anstehende Wahl im Lande hingewiesen und ihren Ausgang als Signal für die neue schwarz-gelbe Bundesregierung gewertet. Diese Perspektive bestimmte die Zeit bis zum Wahltermin im Mai. Aus Sorge vor einem möglichen Denzettel, wie er den Regierungsparteien oft bei Zwischenwahlen verpasst wird – und tatsächlich auch am 9. Mai erteilt wurde – hieß die Devise für die Bundespolitik „Warten auf NRW“. Stillstand und Abwarten in der Reformpolitik des schwarz-gelben Regierungsbündnisses waren die Folge, gepaart mit Lust am koalitions-internen Streit, den in Umfang und Härte so niemand erwartet hatte, der aber letztlich schon in dem vagen Koalitionsvertrag angelegt war. Mit Äußerungen zum deutschen Sozialstaat und seinen Nutznießern tat der FDP-Vorsitzende, der Wahlsieger der Bundestagswahl *Guido Westerwelle*, ein Übriges, die „Wählermehrheit“ für Schwarz-Gelb in bundesweiten Umfragen zu verspielen. Am Ende stellte sich erneut heraus, was allen bekannt ist: Eine Bundestagswahl ist gegen den Trend in Nordrhein-Westfalen nicht zu gewinnen, aber umgekehrt gewinnt man eine Wahl in Nordrhein-Westfalen auch nicht gegen den Bundestrend.